

26. Sitzung Klimaschutzbeirat *Sitzungsteil 1* – Protokoll

Datum: 30.01.2020, 17:00 Uhr - 20:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Sitzungsraum 1
Teilnehmende: s. Liste
Moderation: Alexander Fröde
Protokoll: Marion Wilde
Anlagen: TN-Liste

Zu TOP 1: Abstimmung über die TO

Frau Maschkowski schlägt vor, als zusätzlichen TOP 4a aufzunehmen: „Selbstverständnis des Klimaschutzbeirates und Wege der Zusammenarbeit“. Die Notwendigkeit ergebe sich aus den aktuellen Beschluss-Dokumenten und der dort von der Politik benannten Rolle des Klimaschutzbeirates.

Die so ergänzte TO wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 2: Verabschiedung des Protokolls vom 13. November 2019

Das vorab versandte Protokoll der letzten Sitzung vom 13. November 2019 wird einstimmig verabschiedet.

Zu TOP 3: Vorstellung weitere Interessentin für den Beirat und ggf. Wahl

Der Interessent Karl-Heinz Rochlitz ist nicht anwesend. Daher wird die Wahl auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu TOP 4: Verständnisfragen zu den aktuellen Beschluss-Dokumenten

Joachim Helbig gibt zunächst einen Überblick, wie die heute zur Diskussion stehende Verwaltungsvorlage zustande gekommen ist und welche politischen Beschlüsse dem vorausgegangen waren. Er bekräftigt, dass das jetzt vorliegende Maßnahmenpaket eine Reaktion auf die Ausrufung des Klimanotstandes und die daraus resultierenden Aufträge an die Verwaltung darstellt. Das jetzt vorgeschlagene Paket ist nicht die Antwort auf das beschlossene Ziel der Klimaneutralität 2035.

Herr Fröde ruft im Anschluss zu kurzen, dringlichen Verständnisfragen auf – eine inhaltliche Diskussion erfolgt an dieser Stelle noch nicht. Aus den Reihen der Mitglieder werden folgende Verständnisfragen gestellt, die jeweils Herr Helbig beantwortet:

Frage: Was heißt „Klimaneutralität 2035“ – ist damit nur die Stadtverwaltung gemeint oder die ganze Stadt? Antwort: Hierzu gibt es noch keine einheitliche Position, die Formulierungen im Beschluss zur Klimaneutralität lassen keine eindeutige Aussage zu. Die Verwaltung konzentriert sich auf die Punkte 1 und 6 aus dem Klimaneutralitätsbeschluss, diese liegen im direkten Einflussbereich der Verwaltung.

Frage: Sollen die Klimaziele vornehmlich durch Reduktion oder Kompensation erreicht werden? Antwort: Herr Helbig verweist auf das neue Leitbild sowie den neuen Covenant of Mayors, hier sind als Ziel jeweils „mindestens 40% Reduktion bis 2030“ festgeschrieben.

Frage: Was heißt 40% Reduktion: Ist hiermit die Verwaltung oder die ganze Stadt gemeint? Antwort: Gemeint sind bilanziell 40% pro Kopf bezogen auf die gesamtstädtischen Emissionen.

Frage: Im Maßnahmenkatalog wird darauf hingewiesen, dass viele Maßnahmen noch genauer eruiert werden müssen. Was ist damit gemeint? Die jeweilige CO2-Einsparung ist doch bereits vermerkt? Antwort: Die dort aufgeführten Werte sind Richtwerte und dienen der Orientierung, sie müssen jedoch noch im Detail ermittelt werden.

Frage: Warum soll die Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen nur für Private gelten, nicht aber für Städtische? Antwort: Für Bonn ist vorgesehen, nach dem Tübinger Modell PV-Anlagen für private Bauherren verpflichtend festzuschreiben, solange nicht ein Nachweis der Unwirtschaftlichkeit erbracht wird. Für städtische Gebäude gilt derzeit noch der Beschluss von 2011, nach dem auf allen neuen Gebäuden PV-Anlagen installiert werden sollen – sofern geeignet – oder zumindest die Installation vorzubereiten ist. In der Umsetzung gibt es aber noch Defizite und auch der Bestand bedarf noch einer systematischen Überprüfung.

Frage: Der vorliegende Katalog ist die Antwort auf die Ausrufung des Klimanotstandes. Wird die Verwaltung für das Ziel der Klimaneutralität einen weiteren Katalog erarbeiten? Antwort: Dies dürfte kurzfristig nicht umsetzbar sein, da die personellen Ressourcen mit der Umsetzung des aktuellen Kataloges bereits ausgelastet sein werden.

Herr Müller-Kulmann bittet darum, den alten Förderantrag „Solares Bonn“ zugesendet zu bekommen, auf den im Maßnahmenkatalog Bezug genommen wird. Herr Helbig sagt dies zu.

Zu TOP 4a Selbstverständnis und Zusammenarbeit

Frau Maschkowski greift die Formulierung aus dem Ratsbeschluss „Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen“ auf, in dem es heißt: „Die notwendige Beteiligung von Öffentlichkeit und Stakeholdern kann über die beratende Einbeziehung des Klimaschutzbeirates gewährleistet werden.“ Sie führt aus, dass der Beirat kein Instrument der Bürgerbeteiligung sei, sondern ein Expertengremium. Eine Bürgerbeteiligung wäre vielmehr ein eigener, aus ihrer Sicht auch notwendiger Prozess. Herr Fortyr betrachtet den Beirat durchaus als „stakeholder“, jedoch nicht als alleinig zu Beteiligten.

Es wird von mehreren Mitgliedern angemerkt, dass das Instrument der Mitteilungsvorlage als alleiniges Kommunikationsmittel des Beirates unbefriedigend sei, zumal wenn die MV dann vom AUV ohne jede Diskussion maximal zur Kenntnis genommen wird. Wünschenswert wäre ein Rederecht im nächsten AUV, um die Kommentierung des Beirates persönlich vorstellen zu können. Die Leitstelle Klimaschutz wird dies mit dem Ratsbüro klären. Herr Helbig macht darauf aufmerksam, dass die Politik jederzeit die Möglichkeit hat, eine MV zur Beschlussvorlage zu machen.

Zum Ende der Diskussion beschließt der Beirat bei einer Enthaltung diese Formulierung zum Selbstverständnis des Beirates:

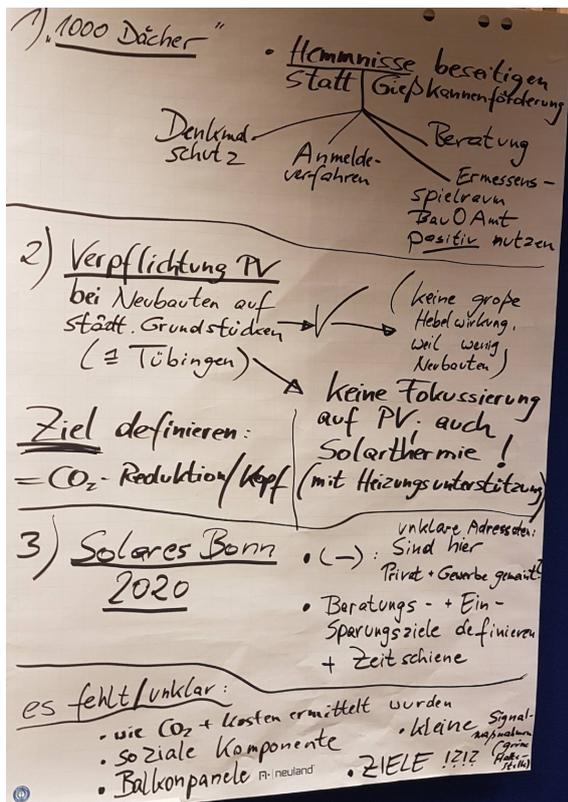
„Der Klimaschutzbeirat versteht sich nicht als Instrument der Bürgerbeteiligung. Er ist laut Geschäftsordnung ein Expertengremium zur ‚Beratung von Politik und Verwaltung‘.“

Zu TOP 5 Beschäftigung mit den Maßnahmenvorschlägen der Verwaltungs-AG: Inhaltliche Diskussion/Bewertung/Kommentierung

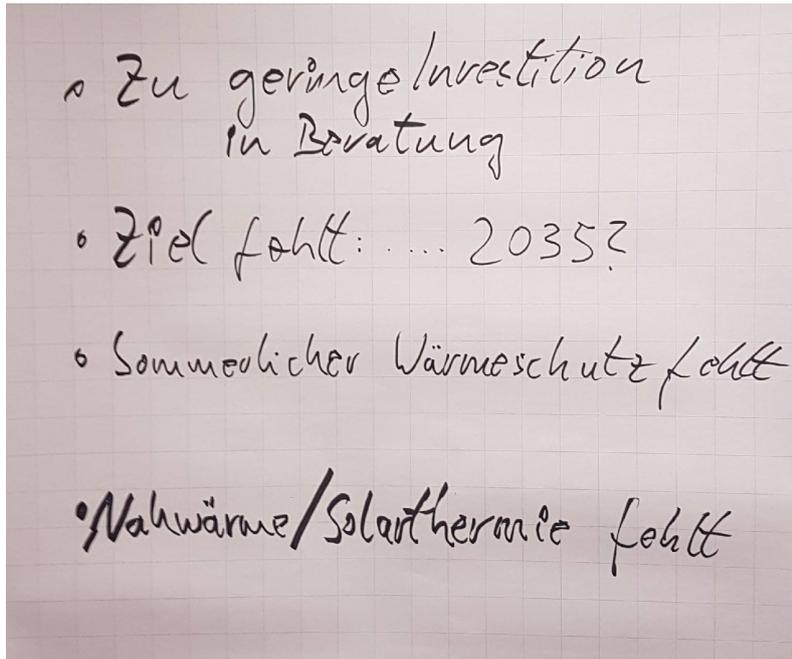
Zu Beginn dieses TOPs wird zunächst von jedem Mitglied sowie den politischen Gästen ein kurzes Meinungsbild zum Gesamteindruck des geplanten Maßnahmenpaketes eingeholt. Überwiegend lautet die Einschätzung, dass der Katalog ein guter erster Schritt/Anfang/Auftakt sei. Kritisiert wird mehrheitlich, dass ein Zeitplan, Zwischenziele sowie Monitoring fehlten; ebenso eine durchgehende Priorisierung der Maßnahmen. Viele merken an, dass eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Maßnahmenkatalog fehle. Einige sprechen an, dass der Verkehrsbereich im Katalog nicht vorkomme.

Nach diesem ersten Eindruck teilen sich für die AG-Phase Kleingruppen auf, um einzelne Teile des Maßnahmenkataloges zu diskutieren. Es finden sich Gruppen für die im Maßnahmenkatalog aufgeführten Handlungsfelder Solares Bonn / Bauen & Wohnen / Kommunikation; außerdem eine Gruppe für den Bereich Verkehr.

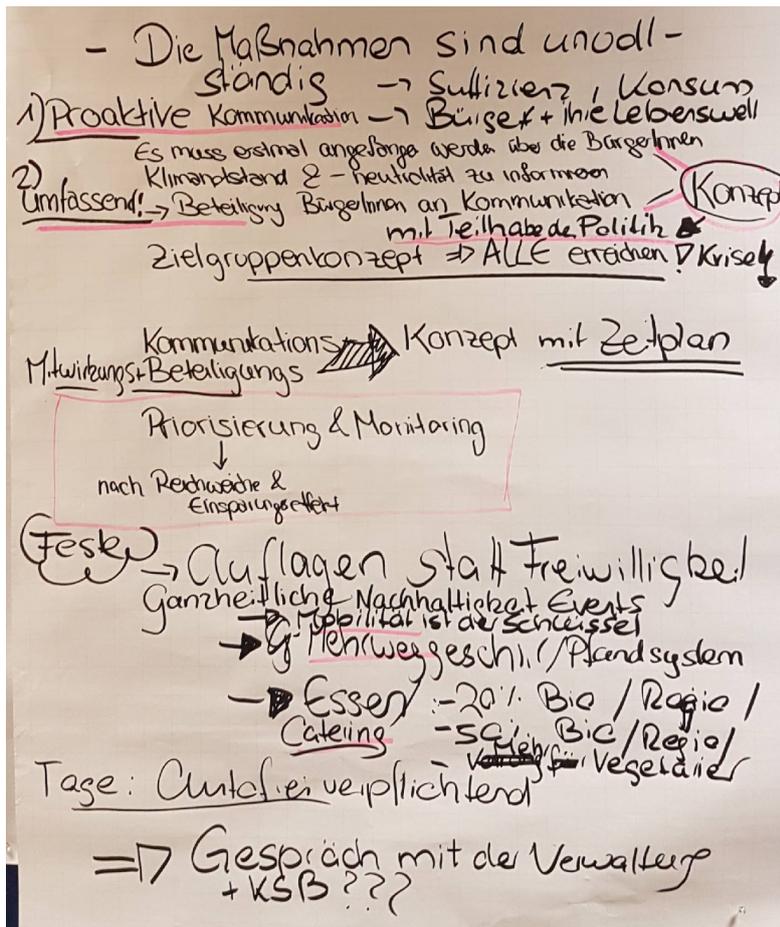
Solares Bonn:



Bauen & Wohnen:



Stadtmarketing & Kommunikation



Verkehr

- Prosa text: Kapitel 6 - Mobilität
- Ausbau des ÖPNV über die Stadtgrenzen hinaus (Pendler) ^{-konzept}
- Einschränkung des ^{motorisierten} Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV und Fahrrad/Fußgänger (Parkplätze/Strassenfläche)
- Radschnellwege/Ausbau Rad/Fußverkehr Infrastruktur
- Erhöhung Sicherheit Rad/Fußverkehr
- Tausendfüßler ^{Statt 6-Spuren} Invest-Umwidmung
- Beispiele: Amsterdam, Kopenhagen, Groningen, Zürich
- Verlangsamung ^{motorisierten} Individualverkehr (Einbahnstraßen Temp 30 ...)
- Park & Ride / Mobilitäts hub
• Akzeptanz Bürgerbeteiligung

Zu TOP 6 Verabredung weiteres Vorgehen bis zum 2. Sitzungsteil am 11. Februar

In der kommenden Sitzung soll aufgrund der heutigen Diskussion über ein noch zu formulierendes Empfehlungsdokument diskutiert und abgestimmt werden. Um dies zu ermöglichen, werden die AGs der heutigen Sitzung für „ihre“ jeweiligen Handlungsfelder je einen Empfehlungsvorschlag erarbeiten und ausformulieren.

Um die heute nicht bearbeiteten Handlungsfelder kümmern sich Herr Herpertz und Herr Kolk (Klimaanpassung, ggf. mit Frau Valentin) und Frau Fricke (Kommunale Gebäude). Herr Kolk und Herr Ehmke werden zudem anhand der heutigen Rückmeldungen eine „Präambel“ mit allgemeinen, handlungsfeldunabhängigen Kommentaren und Empfehlungen formulieren.

Damit der Bearbeitungsprozess transparent ist, wird in einem gemeinsamen Online-doc gearbeitet, welches die AG Ziele über die Leitstelle Klimaschutz zur Verfügung stellt.

Der Sitzungsteil am 11. Februar findet im Alten Rathaus statt.

13. März 2020

gez. Marion Wilde, Leitstelle Klimaschutz